



Niederschrift

62. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. März 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 12.2 der Tagesordnung: Regionalplan Mittlerer Oberrhein; Teilfortschreibung "Windenergie"

Vorlage: 2024/0043

Punkt 12.2.1 der Tagesordnung: Regionalplan Mittlerer Oberrhein; Teilfortschreibung "Windenergie"

Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2024/0043/1

Punkt 12.2.2 der Tagesordnung: Regionalplan Mittlerer Oberrhein; Teilfortschreibung "Windenergie":

Die Fläche „Grötzinger Bergwald“ auf Grötzinger Gemarkung zusätzlich als Vorranggebiet ausweisen

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2024/0043/2

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Planung des Regionalverbands zur Aufstellung des Regionalplankapitels 4.2.4 „Vorranggebiete für Windenergieanlagen“ zu. Er beauftragt die Verwaltung eine Stellungnahme gegenüber dem Regionalverband entsprechend den Erläuterungen abzugeben.
2. Der Gemeinderat stimmt der Stellungnahme der Planungsstelle des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe gemäß Anlage 4 zur Aufstellung des Regionalplankapitels zu. Er beauftragt Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup, die Position der Stadt Karlsruhe in der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbands am 15. April 2024 zu vertreten.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage (geändert): Mehrheitliche Zustimmung (37 JA, 5 Nein, 2 Enthaltungen)

Mündlicher Änderungsantrag AfD: mehrheitliche Ablehnung (6 JA, 3 Nein)

Änderungsantrag GRÜNE: Mehrheitliche Zustimmung (41 JA, 2 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 12.2 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung in gemeinsamer Sitzung von Planungsausschuss und Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 14. März 2024.

Damit rufe ich auch auf den Antrag der CDU unter 12.2 plus Punkt 1 und den Änderungsantrag der GRÜNEN, der sich mit der Hereinnahme oder der erneuten Überprüfung eines Gebietes in Grötzingen beschäftigt, zu dem sich der Grötzingener Ortschaftsrat mit übergroßer Mehrheit positiv ausgesprochen hat. Das ist wichtig zu wissen, damit das von der Logik her auch nachvollziehbar ist. Jetzt können wir da in die Diskussion einsteigen.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Bei Windenergie, fürchte ich, wird die Debatte nicht ganz so ruhig und harmonisch verlaufen. Da wird ein anderer Wind wehen, weil die Windenergie natürlich auch sichtbarer ist, über weite Entfernungen auch Lärm macht, also die Umweltauswirkungen größer sind. Dennoch sind wir überzeugt, dass wir eine große Chance haben, auch in Karlsruhe Flächen für die Windenergie auszuweisen. Wir können damit zum Klimaschutz beitragen. Wir können Windkraft eben auch in Karlsruhe dann nutzbar machen, die eine höhere Verfügbarkeit hat als Solarenergie, zum Beispiel auch nachts. Und wir können damit auch einer Forderung, die die IHK auch gestellt hat, hier regional erneuerbare Energien bereitzustellen, auch nachkommen. Wir haben, wenn wir diese Flächen ausweisen und zur Ausweisung empfehlen, eine Chance auf Gestaltung. Das ist uns sehr wichtig. Wir können hiermit dann auch gestalten, wo wir Windenergie haben wollen und wo im Umkehrschluss auch nicht. Wir befürworten deswegen diesen planerisch gesteuerten ausgewogenen Ausbau. Wir sollten Windenergie auch in Karlsruhe realisieren.

Uns ist auch ganz wichtig, uns gelingt es nur, zu einem sinnvollen Regionalplan zu kommen, wenn wir kooperieren, wenn wir also auch in Karlsruhe dazu beitragen, dass das Gesamtziel erreicht werden kann, um erneuerbare Energien bereitzustellen. Was die konkreten Flächen angeht, die sind, anders als im Planungsausschuss zum Teil diskutiert wurde, durchaus in einem intensiven Planungsprozess ausgesucht worden, wo man sehr wohl abgewogen hat, welche Interessen dafür und dagegen sprechen, diese jeweiligen Flächen zu nehmen. Ein Beispiel dafür ist, dass man die Fläche am Edelberg so geschnitten hat, dass zwar naturnaher Wald betroffen ist, aber alter naturnaher Wald, der noch stärker schützenswert ist, ausgenommen wurde. Das heißt, es wurde schon sehr gut abgewogen.

Wir haben noch zusätzlich den Ergänzungsantrag gestellt, dass die Fläche bei Grötzingen auch aufgenommen wird und dass wir darum bitten beim Regionalverband. Wir folgen hier der Initiative des Ortschaftsrates, und wir bedanken uns auch beim Ortschaftsrat Grötzingen hierfür, denn damit können wir noch dazu beitragen, dass die Flächenkulisse etwas erweitert wird. Wir müssen davon ausgehen, dass in den weiteren Planungsschritten nicht jede Fläche dann tatsächlich auch umgesetzt werden kann. Deswegen sollten wir mit einem möglichst großen Puffer hineingehen. Wenn wir mal anschauen, Baden-Württemberg ist sowieso eher schwach ausgestattet. Das heißt, wenn wir ein Stückchen mehr mit Fläche beitragen, was immer noch moderat ist im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland, tun wir nur das, was wir brauchen. Wir stellen saubere Energie bereit.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Meine Stellungnahme heute hängt natürlich in gewisser Weise auch von dem Änderungsantrag der CDU ab, zu dem ich doch erwarten kann, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, auch noch ein Votum abgeben, das ich positiv jetzt schon mal unterstelle. Denn es ist in der Tat gleichwohl so, die CDU-Fraktion ist auch hinsichtlich der

Windkraft schon dafür, dass wir die Zeichen der Zeit erkennen. Die letzten elf Jahre sind auch nicht unverändert an uns vorübergegangen. Es hat sich einiges geändert. Andererseits dürfen die Diskussionen beispielsweise im Ortschaftsrat von Wettersbach nicht unberücksichtigt bleiben. Dort hat man nämlich sehr sachlich und verantwortungsvoll diskutiert, wenn auch dort mit einem Mehrheitsvotum gegen diese Planung des Regionalverbandes, aber das müssen wir dann dem Regionalverband weiter überlassen.

Mein Problem ist, dass die CDU-Fraktion Bedenken hat, ob der Regionalverband in Bezug auf das Gebiet Edelberg richtig abgewogen hat. Das ist nämlich aus dem Beschlussentwurf so nicht ohne weiteres erkennbar. Aber wir wollen jetzt nicht in einer rechtlich differenzierten Diskussion uns verästelten, deshalb letztendlich auch der Änderungsantrag zu verstehen, wenn wir nämlich sicher sind, dass all die Bedenken, die dort auch in der Diskussion gefallen sind, wir reden über die Werthaltigkeit des Erholungswaldes dort, wir reden über verschiedene technische Hindernisse, das Gebiet ist vertrackt ohne Ende, also so einfach ist es nicht umzusetzen. Dann ist es natürlich auch sehr entspannend, wenn wir sagen können, eine Verpachtung städtischer Waldflächen wird nicht stattfinden, bevor diese Fragen nicht abschließend und hier im Gemeinderat diskutiert worden sind.

Ausgehend davon, dass unserem Änderungsantrag zugestimmt werden wird, haben wir eigentlich auch keine Probleme damit, dem Vorschlag des Regionalverbandes und der Systematik der Ausweisung von Vorrangflächen zuzustimmen. Wir legen vielleicht noch auf Folgendes Wert, dass das Vorranggebiet östlich von Palmbach nicht zur Übernahme empfohlen ist, das halten wir für sehr richtig. Wenn wir heute erfahren, dass Grötzingen in ihrem Ortschaftsratsvotum so etwas einstimmig gefordert hat, dann ist das für uns als CDU neu. Wir hatten es in der Fraktionssitzung nicht beraten können, glauben aber, dass wir trotzdem diesem Änderungsantrag folgen können.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich habe gerade gesagt, wie wunderbar gut das geklappt hat bei den Flächensolaranlagen bei der Ausweisung der Flächen. Erwartbar ist es natürlich deutlich komplizierter bei den Windkraftanlagen. Meine beiden Vorredner haben es auch schon ausgeführt. Diese 1,8 Prozent Landesziel können wir natürlich in Karlsruhe nicht ansatzweise umsetzen. Ich glaube, wir sind bei 0,14 Prozent, also ungefähr ein Zehntel davon. Aber nichtsdestotrotz ist es für ein Ballungszentrum gewissermaßen schon ein Achtungserfolg, das umzusetzen. Wir begrüßen es, dass der Regionalverband, ich sage mal, mit deutlich mehr Flächen in die Prüfkulisse gegangen ist. Es sind insgesamt 3,3 Prozent. Wobei wir natürlich wissen, dass von diesen Prüfflächen dann sicherlich die eine oder andere noch verloren geht auf dem Weg, auch weil die Windkraft, und das hat der Kollege Cremer gesagt, ganz treffend, natürlich etwas ist, was viel stärker polarisiert als die Großflächen-Solaranlagen.

Die Flächen, die wir hier diskutieren, also zumindest die Fläche am Energiehügel, sehen wir als sehr unproblematisch. Da haben wir uns auch als Karlsruher schon total dran gewöhnt, dass da Windkraftanlagen stehen. Die Fläche am Edelberg in Wettersbach sehen wir auch mit einer gewissen Sorge. Wir haben es schon gehört, wir haben da ein hochwertiges Waldgebiet. Wir haben einen Steilhang. Ich möchte auch noch erwähnen als Ergänzung, wir haben auch die Nähe zum Funkturm. Wir haben die Funkfelder, die über die Fläche hinweg verlaufen, wo man am Ende des Tages natürlich auch erstmal gucken muss, ob das überhaupt sich verträgt mit einer Windkraftanlage. Das heißt, wir denken, am Ende des Tages werden die Hürden für diese Fläche so groß sein, dass sie sicherlich keine tiefhängende

Frucht ist. Also wenn ich jetzt als Investor eine Windkraftanlage errichten möchte, dann werde ich wahrscheinlich diese Fläche nicht gerade als Erstes in Erwägung ziehen, aufgrund der vielen Hindernisse, aber am Ende des Tages müssen wir die Energiewende schaffen. Und das bedeutet auch, dass wir diese Flächen ausweisen dürfen, denn nur wenn wir auch diese Flächen, die uns jetzt im ersten Moment als kompliziert erscheinen, ausweisen, nur dann können wir es überhaupt schaffen, wenn wir zu einem späteren Zeitpunkt dann auch diese Früchte ernten.

Grundsätzlich können wir den Antrag der CDU von der Intention her nachvollziehen, weil natürlich möchte man so lange wie möglich seine Hand auf der Fläche halten und sagen, wir wollen erst mal genau gucken, was kommt. Aber wir sind auch der Meinung, irgendwann muss man halt hü oder hott sagen. Das wird sich dann an der Stelle, wenn es dann so weit ist, sicherlich zeigen. Wir danken der Verwaltung, dass sie nochmal darauf hinweist, dass wir ohnehin als Eigentümer der Flächen nochmal mitsprechen dürfen.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass wir auch dem Antrag der GRÜNEN folgen, der auch aus einem Wunsch des Ortschaftsrats klar kommuniziert wurde, und wir sind da mit dabei als Fraktion. Das versteht sich von selbst.

Stadtrat Høyem (FDP): Bundeskanzler Scholz ist Sozialdemokrat und das ist die dänische Staatsministerin Mette Frederiksen auch. Herr Habeck hat in Dänemark studiert. Es ist deshalb interessant, dass wir eine sehr enge Zusammenarbeit mit Wind haben zwischen Dänemark und Deutschland. Klar hat Dänemark zwei Vorteile. Wir haben die größte Windmühlenfabrik in der Welt, und wir haben viel Wind. Das sind zwei Vorteile, wenn man sich mit Windenergie und Windkraft beschäftigt. Herr Scholz hat etwas gelernt, und von diesem hat Herr Kretschmann auch etwas gelernt. Die dänische Staatsministerin war unglaublich unpopulär, ein Jahr oder so, denn im dänischen Parlament, und das ist gerade das, was wir hier diskutieren, hat sie gesagt, jetzt müssen wir uns entscheiden, wollen wir nachhaltig Energie haben, oder wollen wir jede Fledermaus schützen? Sie war unglaublich unpopulär wegen dieser Aussage. Sie hat dann auch gesagt, wollen wir diese Klimaänderung wirklich vernünftig, rationell entgegenarbeiten oder wollen wir sagen, dass jeder sagen kann, not in my backyard? Was wir hier vor uns haben, ist gerade diese Änderung in der deutschen Politik, auch in der Politik in Baden-Württemberg, dass man gesagt hat, wir können nicht jede Eidechse bestimmen lassen, wie die Zukunft für unsere Energie wird. Wir können nicht jedes not in my backyard akzeptieren. Wir haben also jetzt eine Stellungnahme zu einer neuen Situation, eine Situation, die ich gut finde, und wir stimmen deshalb sehr gerne dieser zu. Leider kommt nicht mehr Wind in Baden-Württemberg, wenn wir Flächen nur geben.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Als LINKE. stehen wir ganz klar hinter der Energiewende, auch hinter dem Thema Energiegewinnung aus Windkraft. An dieser Stelle bin ich sehr froh, dass wir in Deutschland ein Verfahren haben, das sich sehr klar damit auseinandersetzt, welche Wertigkeiten Flächen auch für andere Lebewesen haben, und ich bin da sehr, sehr zuversichtlich. Wir stehen noch an einem ganz großen Anfang von dem Verfahren, wo auch viele Sachen noch gar nicht so geklärt sind, dass sich solche Sachen noch im Laufe des Verfahrens abklären lassen, auch gerade mit dem Blick auf den Edelberg. Und ich sehe das aber auch als eine Stärke und nicht wie der Kollege als ein Hindernis.

Ich denke, das sieht man auch gerade im Thema Windkraft. Da gibt es natürlich auch Herausforderungen für den Artenschutz, aber es gibt auch Möglichkeiten, Kompromisse zu finden. Ich bin sehr zuversichtlich, zumal die Fläche, die wir heute hier diskutieren, ob sie als Optionsfläche infrage kommt, als Vorrangfläche, also wo am stärksten auch Bauchschmerzen in diese Richtung vorhanden sind im Thema puncto Artenschutz, glücklicherweise in städtischem Besitz ist. Das heißt, wir können dann in dieser Abwägung und auch in dieser Auseinandersetzung ganz genau gucken. Klar ist natürlich, es wird schwierig werden. Deswegen kann ich den Antrag der GRÜNE auch nur unterstützen, mit noch mehr Flächen in dieses Verfahren reinzugehen, damit wir am Schluss auch was dabei rausbekommen und dass diese lokale Energiewende an dieser Stelle auch klappt. Die Fläche aus Neureut, das war auch schon im Planungsausschuss bekannt, ist umso besser, wenn der lokal auch noch befürwortet wird.

Jetzt gleich für die nachfolgenden Redebeiträge bin ich mal sehr gespannt, ob da Leute ihre unglaubliche Liebe zur Natur entdecken, die sonst eigentlich eher auf Team Kröten überfahren, nur weil es für Autofahrer ein Umweg ist, sind, oder auch für die Flächenversiegelung jeder Fläche für Straßen zu haben sind. Das finde ich dann heute noch ganz interessant. Aber noch interessanter finde ich natürlich, dass wir hier in puncto Energiewende vorankommen.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Der Kollege Dr. Cremer hat darauf aufmerksam gemacht, ich zitiere aus dem Brief der IHK, dann wird man auch klar unsere Haltung sehen. Die Wirtschaft in unserem IHK-Bezirk ist auf eine ausreichende Energieinfrastruktur angewiesen. Dazu müssen die erneuerbaren Energien auch vor Ort ausgewiesen und ausgebaut werden, insbesondere Flächen für Freiflächen-Photovoltaik. Deshalb war das Thema Photovoltaik auch unstrittig. Jetzt kommen wir zum Thema Energie durch Windkraftanlagen. Grundsätzlich, und jetzt möchte ich auch positiv beginnen, das Votum des Ortschaftsrates ist eigentlich meistens heilig. Wenn der Ortschaftsrat in Grötzingen, und da vertrauen wir dem Antrag der GRÜNEN, eine Ausweitung will in seinem Bereich, wollen wir dem nicht entgegenstehen. So ist es unser Prinzip. Der Ergänzungsantrag, da stehen wir nicht entgegen.

Der Ortschaftsrat in Wettersbach hat, das haben wir auch hier gehört und das wissen wir auch von Bürgern vor Ort, sich gegen den Edelberg ausgesprochen. Über den Windberg am Rheinhafen brauchen wir uns hier, glaube ich, nicht unterhalten, der ist unstrittig. Wir als Fraktion haben ein kleines Problem damit, Frau Göttel, wenn auf Versorgungswegen zu Windkraftanlagen Kröten überfahren werden. Spaß beiseite, aber das musste jetzt ergänzt werden, weil es sind nicht nur die Windkraftanlagen, die gebaut werden, es werden Versorgungstrassen gebaut. Wir haben dort ein topografisches, sehr ungünstiges Gebiet, wie der Kollege Pfannkuch sagte. Wir haben dort alten Wald, neuen Wald, topografisch auch in der Klamm, einer der ältesten Buchenwälder, die wichtig, das sieht man im Steckbrief, ist für die Frischwind- und Klimaanpassung der tieferliegenden Stadtteile, Wolfartsweier, Durlach und so weiter. Wir hätten uns gewünscht, dass in der Stellungnahme der Stadt, um das jetzt nicht auszuführen, viel kritischer mit dem Thema Edelberg umgegangen wäre. Zumal, wir haben nur, glaube ich, 6 Hektar dort, der Rest ist Ettlingen. Ein Hinweis an Ettlingen, die anscheinend, wenn ich das Stadtblatt von Ettlingen lese, lieber das ausweisen würden bei sich Gebiet. Deshalb werden wir, falls es keine Änderung oder Verschärfung unserer Stellungnahme gibt, die leider ablehnen müssen. Hauptpunkt ist, wie gesagt, Edelberg.

Den Antrag der CDU tragen wir mit und den der GRÜNEN lehnen wir nicht ab.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Jetzt hat wirklich jeder die Chance gehabt, einen Änderungsantrag zu stellen und den Edelberg rauszunehmen. Auch Sie, Herr Wenzel, hätten die Chance gerade eben noch gehabt und haben sie vergehen lassen. Also mache ich es jetzt, weil wir hätten eine Chance gehabt, wenn Sie den Antrag gestellt hätten, aber wenn es sonst keiner stellt, dann stelle ich den Antrag. Und zwar, wenn die GRÜNEN aus Grötzingen den Antrag mitbringen, was Neues mit dazu zu nehmen, dann muss es doch genauso möglich sein, den Änderungsantrag zu stellen, was rauszunehmen. Dort haben nur vier Leute dafür gestimmt. Ich war dort in Wettersbach beim Ortschaftsrat. Ich habe mich nicht wie der Herr Pfankuch an den Tisch gesetzt, sondern ich habe mich bei den Zuschauern hingestellt, weil ich die Abstimmung in keiner Weise beeinflussen wollte. Ich habe mir alles angehört. Die Mehrheit war ganz eindeutig. Die Argumente, die kamen, waren auch sehr gut. Da oben haben wir einen gesunden Buchenwald, wie wir ihn uns im Rest des Stadtwaldes wünschen würden. Genau dieser Wald kommt dann weg. Das ist nicht der alte Buchenwald daneben, der ist nämlich ausgenommen, sondern der etwas neuere Buchenwald, und der kommt weg. Das Gebiet an sich ist schon klein, weil es durch die Abstände zu den Siedlungen schon begrenzt ist. Wenn man die Abstände etwas weiter fassen würde, dann gäbe es dieses Gebiet gar nicht. Wenn die Abstände etwas weiter wären, die vorgeschriebenen, zu den besiedelten Gebieten, zu den nächsten Wohnhäusern, dann gäbe es dieses Gebiet gar nicht. Und wir sollten jetzt endlich das tun, was alle anderen Gemeinden auch tun, nämlich die Bereiche, die uns zugeordnet sind, bewerten und eine entsprechende Stellungnahme abgeben. Das ist das, liebe Kollegen, wofür wir hier sind, auch wenn Sie dafür nicht den Mumm haben offensichtlich, weil die CDU war mehrheitlich dagegen im Ortschaftsrat Wettersbach, schafft es aber nicht, so einen Änderungsantrag zu stellen. Und hinterher dann zu sagen, wir verpachten es dann halt einfach nicht, das ist doch Augenwischerei.

Und bevor meine Zeit zu Ende ist, möchte ich noch was sagen zu dem, was der Herr Dr. Cremer am Anfang gesagt hat, wo er sich beschwert hat, dass Baden-Württemberg weniger Windkraftanlagen hat. Das ist ganz einfach. Wir haben in Baden-Württemberg mit Abstand am wenigsten Wind von allen Bundesländern. Es macht eigentlich gar keinen Sinn, hier Windkraftgebiete auszuweisen. Deswegen haben wir weniger Windkraftanlagen. Nur wegen diesem bescheuerten Bundesgesetz, was 1,8 Prozent der Fläche bundesweit dafür ausweisen möchte, und nur wegen dem Landesgesetz, was vorsieht, dass es auf jeden Regionalverband mit 1,8 Prozent runtergebrochen wird, reden wir überhaupt nur hier darüber. Sonst würden wir uns hier damit gar nicht beschäftigen, weil es im Norden von Deutschland Gebiete gibt, wo man viel mehr Wind ernten kann, aber wir sind durch diese Gesetze gezwungen, hier auch unseren schönen Schwarzwald zu verschandeln.

Stadträtin Fenrich (pl.): Gegen die Landesgesetze und die Bundesgesetze zum Klimaschutz können wir natürlich nichts machen. Die sind nun mal existent. Man kann die immer wieder ändern, unter anderen Vorzeichen letztendlich, aber letztendlich müssen wir sie einhalten. Nur denke ich, da ich mir diesen Energiewende-Bericht jetzt über Wochen lang angehört habe, ist es in der Tat so, das habe ich daraus entnommen, was der Kollege Dr. Schmidt sagte, im Süden von Deutschland, also insbesondere Baden-Württemberg, ist die Windausbeute relativ gering. Von daher lohnt sich das nicht so, wie es sich im Norden Deutschlands lohnen würde, Windenergie zu gewinnen. Zu den einzelnen Vorschlägen

möchte ich sagen, die Deponie West, also Energiehügel, weil wir letztendlich die Gesetze haben, mit dem kann ich persönlich leben, das ist für mich unproblematisch. Ich habe aber ein großes Problem mit dem Energiehügel, und zwar einfach deshalb, es ist ein wertvoller Waldbestand. Es sind windenergiesensible Arten und Lebensräume dort vorzufinden, und das sollte man eigentlich berücksichtigen.

Frau Göttel, ich bin auch für Straßen, weil ich auch zuweilen Auto fahren muss, aber ich fahre Kröten nicht deswegen um, sondern ich achte auch auf die Natur, trotz Autofahren. Das kann man nämlich gut miteinander verbinden. Letztendlich ist es so, in Grötzingen der Ortschaftsrat, habe ich jetzt vernommen, ist dafür. Diesen Änderungsantrag der GRÜNEN würde ich mittragen. Gegen den Energiehügel habe ich jetzt Bescheid gesagt, dass ich das nicht mittragen kann. Und zu dem Antrag von der CDU, ja, gut, das kann man machen, das geht eigentlich nichts kaputt. Soweit letztendlich würde ich zu meinem Votum was sagen wollen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es ist ehrenwert, dass am Antrag der CDU nichts kaputtgeht. Das zeigt doch von einem völligen Fehlverständnis von dem gesamten Planungsprozess. Viele hier vermischen auch einiges. In der Vorlage ist es exakt ausgeführt, dass für die Abwägungskriterien auf Regionalverbandsebene zur Feststellung von Suchräumen ganz andere Kriterien gelten als nachher auf der unteren Ebene des Genehmigungsverfahrens. Und weil ich Bedenken hatte, dass dieses nicht richtig differenziert wird auf der Ebene des Regionalverbandes und später dann in der Genehmigungsebene, weil mir diese Verwirrung der Diskussion bewusst war, die jetzt hier und heute gekommen ist, die leider auch von der Planungsseite nicht aufgedeckt wird, war die Idee des Änderungsantrages der CDU-Fraktion, zu sagen, weil hier möglicherweise einfach der Regionalplan und die Stellungnahme positiv ausfallen muss, bauen wir einen sicheren Weg ein, der uns als Gemeinderat von Karlsruhe sicherstellt, letztendlich zu entscheiden, ob und in welcher Art, in welcher Anzahl, auch in welcher interkommunalen Abstimmung mit Ettlingen beispielsweise, das ist auch ein Teil unserer Begründung des Änderungsantrages, es nachher ausgestaltet wird. Das werden wir erst in einiger Zeit erleben, hat aber nichts mit dem Teilfortschreibungsplan Regionalverband zu tun. Deshalb bitte ich, das zu unterscheiden und uns abzunehmen, dass wir sicherlich mit den einzelnen Kriterien, die dann im Genehmigungsverfahren zu beurteilen sein werden, sehr sorgfältig umgehen.

Nichts anderes, Herr Dr. Schmidt, habe ich auch im Ortschaftsrat gesagt. Vielleicht wissen Sie das nicht, das müssen Sie auch nicht wissen, aber ich habe als ortsansässiger Stadtrat das Recht, dort zu sitzen und auch zu sprechen, anders als Sie, würde ich jetzt einfach mal deutlich dazufügen. Und das habe ich auch genauso gesagt wie heute. Da brauche ich mich nicht verstecken. Und dass man im Ortschaftsrat differenziert diskutiert, das begrüße ich allemal. Ich glaube, ich helfe der Region dann oben am meisten, wenn wir das machen, was wir als CDU vorgeschlagen haben.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ich möchte nur ganz kurz eine Lanze für den Planungsprozess im Regionalverband brechen. Da ist es sehr wohl, die relevanten Kriterien fließen da schon ein, also auch Naturschutzkriterien und andere, wie zum Beispiel auch Abstand zu Siedlungen, die dann die Beeinträchtigungen von Menschen minimieren sollen. Das heißt, die relevanten Kriterien fließen da schon ein, natürlich nicht in der Tiefe, wie sie in einem Genehmigungsprozess einfließen. Ich möchte davor warnen, dass wir einen Vorbehalt mit einer Verpachtung uns nehmen, um dann zu entscheiden, uns gefällt Windenergie dann

doch nicht auf der Fläche oder sonst etwas. Also ich möchte auf jeden Fall darauf drängen, dass wir, wenn wir solch einen Vorbehalt beschließen sollten, wir sollten natürlich demokratisch über das sprechen, was in unserer Stadt gemacht wird, das dann auch möglichst umsetzen. Wir können nicht Flächen ausweisen lassen und dann sagen, wir wollen sie aber nicht freigeben. Das kann nicht Ziel unserer Kommune sein.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich gehe davon aus, dass unser Änderungsantrag vor dem Änderungsantrag der CDU abgestimmt wird, weil unserer der weitergehende ist. Und da möchte ich darauf hinweisen, dass das, was die CDU möchte, erst hinterher kommt, wenn alles rum ist und auch davon abhängig ist, welche Mehrheiten dann hier im Gemeinderat vorliegen zu der Zeit. Das kann dann der Gemeinderat selber entscheiden, ob er die Fläche dann vergibt oder nicht, aber sie kann dann nur noch für Windkraft genutzt werden. Deswegen ist unser Änderungsantrag der weitergehende und auch aus meiner Sicht deutlich sinnvoller als der Änderungsantrag der CDU.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne nochmal aus meinem Verständnis heraus die aktuelle Entscheidungserwartung formulieren. Wir haben einen Regionalverband, der hat Flächen untersucht, und der hat nach bestimmten Kriterien die Flächen abgewogen. Wir haben in unserer Stellungnahme, was den Edelberg betrifft, alle kritischen Punkte sehr kritisch aufgeführt. Die Anhörung in den Ortschaftsratssitzungen diente nicht dazu, in einem Wunsch dir was zu sagen, das eine nehme ich und das andere nicht, sondern kritische Fragen zu stellen, ob diese Abwägung berechtigt war oder nicht berechtigt war und ob also die Kriterien unserer Beurteilung in der Stellungnahme dem entsprechen, was der Regionalverband von uns verlangt hat und wie die dann abzuwägen sind. Wir haben als städtische Verwaltung keinen Grund gesehen, aufgrund der Anhörungsergebnisse an unserer Stellungnahme etwas zu ändern. Sie haben natürlich grundsätzlich das Recht zu sagen, ich nehme trotzdem eine ganze Fläche raus, aber eigentlich wäre es auch Ihre Aufgabe, eher zu beurteilen, hat diese Abwägung richtig stattgefunden, und die kann eigentlich nicht von Mehrheiten in entsprechenden Ortschaftsräten abhängig sein. Deswegen haben wir auch nicht eins zu eins jede Entscheidung des Ortschaftsrats genommen, um hier zu sagen, wir schlagen Ihnen vor, das wieder rauszunehmen, weil es muss an der Stelle um fachliche Kriterien gehen und nicht um eine entsprechende politische Einschätzung. Das ist das eine.

Dass wir jetzt dennoch empfehlen, Grötzingen wieder mit reinzunehmen, hat damit zu tun, dass wir hier eine klare Aufforderung aus dem Ortschaftsrat Grötzingen haben, mit 14 : 2, dass wir aber vor allem auch gar nicht erklären können im Moment, warum man es rausgenommen hat. Deswegen würden wir auch vorschlagen, so haben wir es in unserer Stellungnahme auch formuliert, dass man das erneut nochmal auffordert reinzunehmen, wenn keine Kriterien nennenswert dagegen sprechen. Insofern weicht unsere Stellungnahme etwas sprachlich ab von dem, was im GRÜNEN-Antrag steht. Aber es geht darum, es einfach nochmal in die Prüfkulisse zu schieben und nochmal zu fragen, warum geht es denn eigentlich nicht. Es kann Kriterien geben, warum es dann auch am Ende wirklich nicht da reinpasst, aber wir würden es grundsätzlich befürworten, einfach um die Quantität hochzuhalten.

Ich habe die CDU jetzt so verstanden, dass sie sagt, für uns sind noch nicht alle grundsätzlichen Bedenken ausgeräumt, weil die erst im Rahmen eines Genehmigungsprozesses ausgeräumt werden können. Deswegen hätten wir am Ende gerne nochmal die grundsätzliche Entscheidung. So habe ich es jetzt verstanden. Es ist in der Tat so, dass wenn die

Pachteinnahmen über einen bestimmten Betrag gehen, dann muss ich sowieso zu Ihnen in den Gemeinderat. Ich kann Ihnen jetzt aber zusagen, dass ich unabhängig von der Pachtgröße noch mal in den Gemeinderat gehe, was für mich übrigens auch politisch sinnvoll ist, weil am Ende ist da oben auf dem Berg vielleicht jeder dagegen. Der Gemeinderat macht mir auch massiv Druck und ihm dann zu erzählen, dass ich es Ihnen aber nicht zur Abstimmung gebe, weil es unter der Wertgrenze liegt, das wäre politischer Irrsinn, das zu tun. Insofern brauchen wir da gar nicht darüber zu diskutieren, ob das jetzt nur Strategie oder Taktik ist. Sondern ich würde es Ihnen in jedem Fall zusagen, dass ich natürlich ein kritisches Thema immer lieber mir im Gemeinderat sozusagen den Rückhalt hole, weil ich nicht lebensmüde bin an der Stelle, jetzt aber bitte im politisch übertragenen Sinne, nicht im physischen. Deswegen kann ich das an der Stelle gut zusagen. Und ich weiß auch, dass dieser Gemeinderat immer sehr verantwortlich mit einer solchen Entscheidung umgehen wird, egal wie er sich zusammensetzt, und die Kriterien haben Sie aufgeführt. Es geht nicht um ein grundsätzliches Entweder/Oder, sondern es geht um die Klärung von entsprechenden Fachfragen, und die hat uns der Ortschaftsrat Wettersbach auch gestellt. Es ist nicht so, dass die jetzt irgendwie vom Himmel fallen, sondern das ist genau das, was dort auch zu dieser kritischen Haltung geführt hat. Insofern kann ich Ihnen das an dieser Stelle zusagen.

Jetzt kommt der Änderungsantrag von Ihnen, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, erst mal zur Abstimmung, dass wir den Edelberg hier rausnehmen. Und ich bitte Sie um Ihr Votum zu dem Änderungsantrag ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt kommt der Antrag der GRÜNEN, dass wir Grötzingen mit reinnehmen. Das würde ich jetzt aus formalen Gründen hier auch zur Abstimmung stellen, damit wir an der Stelle einfach sauber sind. Der Antrag der GRÜNEN, erneut einen Suchauftrag für dieses Gebiet in Grötzingen zu geben, und den stelle ich jetzt hier zur Abstimmung und bitte um das Votum ab jetzt. – Zustimmung.

Und jetzt kommt die Stellungnahme der Stadtverwaltung, ergänzt um diese Grötzingen Geschichte, und ausdrücklich noch mal, auch die Bedenken aus dem Ortschaftsrat nehmen wir natürlich in die Stellungnahme auf. So hatte ich es Ihnen grundsätzlich zugesagt. Damit kommt die erweiterte Beschlussvorlage der Stadt nochmal zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Den Antrag der CDU habe ich jetzt nicht zur Abstimmung gestellt, aber wir hatten uns so verständigt, dass wir den so aufnehmen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
3. April 2024